

Am Beginn der menschlichen Sprachentstehung

könnten Lautmalereien gestanden sein. Darauf deuten neue Experimente von Forschern hin. Sie haben dieselben Lautmalereien Menschen vorgespielt, die ganz unterschiedliche Sprachen sprechen – und wurden überwiegend verstanden. Bisher nahm man

an, dass sichtbare Gesten – etwa mit den Armen schlagen für „Vogel“ – die wesentlichen Bausteine für die Entstehung menschlicher Sprache lieferten, sagt Susanne Fuchs vom Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS) in Berlin.

CORONA-SPLITTER

Die EU-Arzneimittelbehörde (EMA) ist zuversichtlich, dass die bisher zugelassenen Impfstoffe auch vor der neuen indischen Variante schützen. Die Daten seien „beruhigend“ und deuteten auf einen „ausreichenden Schutz“ hin, sagte der Direktor für Impfstrategie bei der EMA, Marco Cavaleri, in Amsterdam.

Die vermeintliche Öffnung des Grenzverkehrs zwischen Bayern und Österreich hat gestern für Ärger gesorgt. Im Glauben, in Deutschland wieder problemlos einkaufen zu können, fuhren viele Österreicher über die Grenze. Doch anders als für Bayern war für sie die Wiedereinreise nach Österreich nach wie vor mit einer bis zu 10-tägigen Quarantäne belegt. Sie ist seit Mitternacht gefallen.

In Indien sind binnen eines Tages 4205 Menschen am Virus gestorben, was ein neuer Rekord ist.

AUFGESTÖBERT

„Krankenpflege ist keine Ferienarbeit. Sie ist eine Kunst und fordert, wenn sie Kunst werden soll, eine ebenso große Hingabe, eine ebenso große Vorbereitung wie das Werk eines Malers oder Bildhauers. Denn was bedeutet die Arbeit an toter Leinwand oder kaltem Marmor im Vergleich zu der am lebendigen Körper, dem Tempel für den Geist Gottes?“

Florence Nightingale
(1820–1910), brit.
Krankenpflegerin

Lockerungen auf Prüfstand

PANDEMIE: San Marino impft auch Touristen (keine Italiener): 50 Euro für 2 Dosen Sputnik-Vakzin ab 17. Mai

ROM (mit). Die Regierung Draghi nimmt sich noch einige Tage Zeit, um weitere Lockerungen der Anti-Covid-Restriktionen zu prüfen.

So wird das Kabinett erst am Montag weitere Lockerungen definitiv beschließen. Das unpopuläre Ausgangsverbot soll nicht abgeschafft werden, wie es die Rechtsparteien fordern, dafür aber auf 23 Uhr bis 5 Uhr beschränkt bleiben. Bisher gilt die Ausgangssperre ab 22 Uhr.

Sollte es die epidemiologische Lage zulassen, könnte das Ampelsystem auf regionaler Basis überwunden werden, sagte der Präsident der Konferenz der Regionen, Massimiliano Fedriga.

Paare, die Hochzeiten in größerem Rahmen feiern wollen, müssen sich noch gedulden, sagte Premier Mario Draghi gestern. „Wir alle wollen feiern, es ist aber wichtig, geduldig zu sein, um zu vermeiden, dass ein Anlass der Freude und Unbe-

schwerheit zu einem potenziellen Risiko für die Teilnehmer einer Feier wird.“

Betriebe, die in der Hochzeitsplanung aktiv sind, sollen Entschädigungen von 200 Millionen Euro erhalten.

Die Regierung bemühe sich außerdem, Italien so schnell wie möglich wieder für den Tourismus zu öffnen, sowohl für den inländischen als auch für den ausländischen, sagte Draghi.

Bei voranschreitender Impfkampagne sei es möglich, die Einreiseregeln zu lockern. Italien will verstärkt auf coronafreie Flüge setzen, um den Tourismus wieder in Bewegung zu bringen. Eine Überprüfung der bestehenden Maßnahmen für Schengen-Länder sei ebenfalls im Gange, um den Zugang bei Einreichung eines negativen Abstrichs und ohne Quarantäne zu ermöglichen. Für die G7-Länder wird die Einreise ohne Quarantäne im Falle einer Impfstoffzertifizierung erleichtert, kündigte Draghi an.



Massimiliano Fedriga: Kein Ampelsystem mehr, wenn es die epidemiologische Lage erlaubt, ANSA

Alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen bleiben in Bezug auf die Länder aufrecht, in denen das Coronavirus und seine Varianten weit verbreitet sind. „Auf diese Weise wird sich Itali-

en der Welt und den Touristen unter sichereren Bedingungen wieder öffnen“, sagte der Ministerpräsident.

Der Kleinstaat San Marino, der bereits seine Bevölkerung von 35.000 Einwohnern komplett geimpft hat, lockt jetzt Touristen mit einem Sonderangebot. Ab kommendem Montag können sich Urlauber, die einen Hotelaufenthalt in San Marino gebucht haben, für die Impfung mit dem russischen Sputnik-Vakzin anmelden. Der Preis für die 2 Dosen beträgt 50 Euro.

Interessenten müssen 7 Tage im Voraus einen Hotelaufenthalt von mindestens 3 Nächten buchen. Innerhalb von 3 Wochen werden ihnen die zweite Dosis injiziert. Vom Angebot können Ausländer mit Ausnahme der Italiener profitieren.

San Marino, nicht zur EU gehörig, hat seine Bevölkerung mit Sputnik V immunisiert, das von der EU-Arzneimittelbehörde EMA nicht anerkannt ist.

© Alle Rechte vorbehalten

Handhabe der Krise bei Regierungen und WHO schlecht

GENÈVE (APA/dpa). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Regierungen in aller Welt haben 2020 zu langsam auf erste Alarmzeichen einer möglichen Gesundheitsbedrohung reagiert. Dieses Fazit zog eine von der WHO bestellte unabhängige Expertenkommission gestern in Genf. „Das System, wie es zurzeit besteht, ist nicht geeignet zu verhindern, dass sich mit einem neuen und hochansteckenden Erreger, der jeden Augenblick auftauchen könnte, eine Pandemie entwickelt.“ Die Experten legen zahlreiche Empfehlungen vor, wie sich die Welt besser auf eine neue Bedrohung einstellen kann. Darunter ist ein Milliardenfonds, den reiche Länder finanzieren sollen, um Vorkehrungen gegen eine neue Pandemie treffen zu können.

150 Rinder gerettet



LAAB IM WALDE (APA). Auf einem Bauernhof im Bezirk Mödling (Niederösterreich) hat gestern ein Großbrand gewütet. Die Flammen griffen innerhalb weniger Minuten von einem brennenden Heulager auf einen Stall über. Mehr als 150 Rinder wurden gerettet, 3 Kälber sind verendet. Einige Tiere verletzten sich, was die Rettung erschwerte. Die Brandursache stand zunächst nicht fest.

APA/BFKDO Mödling
Pressestelle/Florian Steiner/Ö3

BILDER auf abo.dolomiten.it

23 Verletzte in Kliniken

TATARSTAN: 9 Menschen tot – Täter nennt sich „Gott“

KASAN (dpa). Nach dem blutigen Angriff auf eine Schule in Kasan werden noch 23 Menschen in Krankenhäusern behandelt. Darunter seien 20 Schüler, sagte die Vize-Leiterin der Republik Tatarstan, Leila Fasjejewa, gestern. „Der Zustand aller ist stabil“, sagte sie. Ärzte verlegten 9 Patienten zur Behandlung nach Moskau.

Beim Amoklauf in dem Gymnasium in Kasan waren 9 Menschen getötet worden – die meisten von ihnen Kinder. Die Polizei nahm einen 19-jährigen Verdächtigen fest, der demnach legal eine Waffe besaß. Einen terroristischen Hintergrund schlossen die Behörden aus.



Stilles Gebet am Tatort. APA/AFP

Nach Angaben des Ermittlungskomitees hätten Verwandte in den vergangenen Monaten ein aggressives Verhalten bei ihm beobachtet. Der Mann hatte seine Tat auf Telegram angekündigt und sich dort auch als „Gott“ bezeichnet.

VERMISCHTES

In Salzburg ist ein Tennengauer Hausbesitzer zu 6 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden, weil er 2 Kaminkehrern absichtlich die Leiter weggestellt hatte, während diese auf dem Dach waren. Der Schuldspruch lautet auf Freiheitsentziehung. Die Arbeiter waren etwa eine halbe Stunde lang in der Höhe gefangen.

In Wien-Simmering ist gestern eine 36-Jährige mit Verletzungen im Halsbereich tot gefunden worden. Ihr 44-jähriger Ehemann wurde als Tatverdächtiger vorläufig festgenommen.

Das soziale Netzwerk Instagram will es den Nutzern leichter machen, die zu ihrem jewei-

ligen Geschlecht passenden Pronomen anzuzeigen: Interessierte können bis zu 4 Pronomen in ihrem Profil hinterlegen und sich aussuchen, ob sie diese für die breite Öffentlichkeit anzeigen lassen wollen oder nicht.

In einem Aufsehen erregenden Mordprozess ist ein Ex-Soldat in Frankreich zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 38-jährige Nordahl L. wurde des Mordes an einem jungen Soldaten für schuldig befunden, berichteten französische Medien aus dem Gerichtssaal in Chambéry. Es wurde eine sogenannte Sicherungszeit für 2 Drittel der Haftstrafe angeordnet – während dieser Zeit ist keine Entlassung möglich.

EUROPA-SPLITTER

Gerichte als Klimaretter?

HÖCHSTGERICHTE: Nicht nur in Deutschland landet der Klimaschutz vor Richtern

Das ehrwürdige deutsche Verfassungsgericht in Karlsruhe sorgt für Wirbel. Es befand letzte Woche, dass das deutsche Klimaschutzgesetz verfassungswidrig ist. Das Gesetz führe zu laxen Vorgaben zur Reduktion von Kohlendioxid bis 2030 ein ohne festzulegen, wie die Reduktion in den Jahren danach auszusehen habe. Das Gericht gibt den Beschwerdeführern in der Annahme recht, dass es nach 2030 zu einer „Vollbremsung“ kommen werde, wenn man die völkerrechtlich vorgesehenen Ziele danach noch erreichen wolle.

Die Höchststrichter kritisieren nicht, dass das Gesetz in seiner gegenwärtigen Wirkung verfassungswidrig ist. Es erbot sich über die Tatsache, dass der Gesetzgeber die „Treibhausgasemissionsminderungslast“ in die Zukunft verschiebt, ohne zu erklären, wie man des Problems nach 2030 Herr werden soll, ohne massiv in die Freiheitsrechte der Bürger einzugreifen. Die Politik darf also nicht die gegenwärtige



CO₂ steht in der Chemie für das Gas Kohlendioxid

Generation mit einer relativ geringen „CO₂-Reduktionslast“ versehen, wenn sie davon ausgehen muss, dass die nächste Generation dies mit umso drastischeren Umweltschutzmaßnahmen bezahlen wird müssen.

In Kürze: Die Schonung künftiger Freiheit verlangt, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Dieser Blick in die Zukunft ist für die Richterzeit eher unüblich und wird Kosten haben. Dementsprechend gemischt fielen die Kommentare aus. Sie reichen von eu-

phorischem Applaus an die „judges for future“ bis zu einem misstrauigen „Die Apokalyptiker von Karlsruhe“.

Interessant ist, dass das Urteil durchaus in einem europäischen Trend steht. Sogenannte „Klimaklagen“ waren lange eine amerikanische Erscheinung. Das ist Vergangenheit. Bereits 2015 hat die NGO „Urgenda“ einen spektakulären Erfolg vor Gericht erzielt: Die Regierung der Niederlande musste die CO₂-Emissionsziele senken. Ein noch spektakulärer Fall ist seit

Ende 2020 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig. 7 Portugiesen (21, 20, 17, 15, 12 und 8 Jahre alt) verklagen 33 Staaten – die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Russland, Großbritannien, Türkei, Schweiz und Ukraine. All diese Staaten hätten in Verletzung internationaler Verpflichtungen Hitze- und Sturmwellen in Portugal mitverschuldet und die jungen Leute damit in ihren Möglichkeiten und Rechten beschränkt.

Wenige hätten dieser Klimaklage Erfolg prophezeit. Doch der Gerichtshof interpretierte seine formellen Zulässigkeitsvorgaben sehr weit und ließ die Beschwerde zu. Noch mehr: Wegen der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Fragen räumt man der Beschwerde besondere Priorität ein. Es heißt, dass in Zeiten des politischen Stillstands Gerichte zu treibenden Kräften werden. Gerichtliche Betriebssamkeit ist jedenfalls ganz unbestreitbar vorhanden.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN...

... Gabriel N. Toggenburg*



men relevant sein.

„D“: Aber am Klimawandel sind doch alle Staaten schuld? Toggenburg: Ja, aber dazu führt das Urteil aus, gerade aus diesem Angewiesensein auf die anderen Staaten folge, dass kein Staat mit seinem schlechten Beispiel andere Staaten zur klimafaulen Passivität verleiten dürfe.

„D“: Ist es überhaupt in Ordnung, dass Richter statt Politiker die Zukunft gestalten? Toggenburg: Das ist tatsächlich eine Gratwanderung. Das Problem der Politik ist, dass sie nur in den Zeiträumen von Wahlen und Mandatsperioden denkt und handelt. Diese kleinen Zeitportionen sind aber für die Klimapolitik viel zu kurz! Richter sind gewillt, langfristig gültige Pflöcke einzuschlagen. Doch wenn solche Entscheidungen soziale und finanzielle Kosten verursachen, wird man ihre Legitimität anzweifeln.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz